

THEMA DES TAGES

„Pseudobeteiligung der Öffentlichkeit“

In der Region streitet man seit Monaten um den Verlauf der Stromtrasse Südlink. Wie zielführend diese Diskussionen sind, ist indes zweifelhaft, sagen Kritiker.

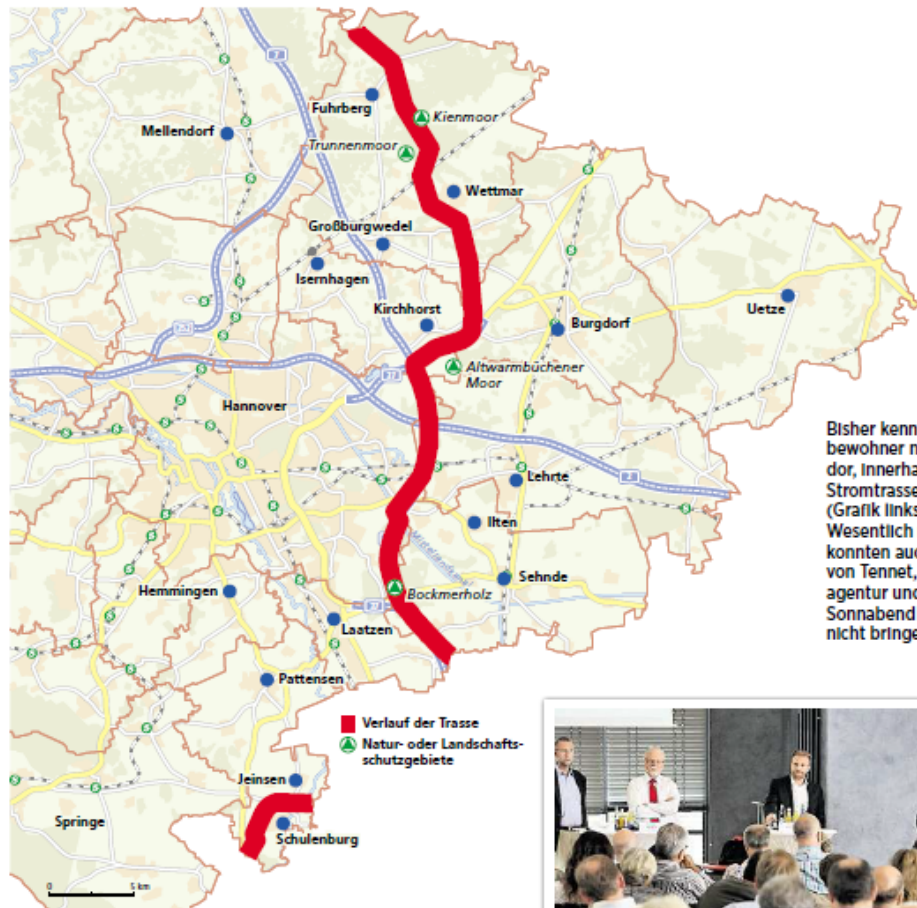
VON BERND HAASE

Der Berliner Rechtsanwalt Siegfried de Witt hat Organisation und Verlauf des Planungsverfahrens für die Stromtrasse Südlink heftig kritisiert. „Es gibt keinen sachlichen Diskussionsprozess, sondern nur eine Pseudobeteiligung für die Öffentlichkeit“, sagte de Witt am Sonnabend bei einer Informationsveranstaltung im Regionshaus in Hannover. Der Experte für groß angelegte Planungsverfahren berät die Region und weitere Landkreise in Sachen Südlink.

Die Stromautobahn soll Windstrom aus dem Norden in den Süden Deutschlands transportieren, damit es dort nicht dunkel wird, wenn im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende im Jahr 2022 die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Betreiber und Planer der Trasse ist das holländische Staatsunternehmen Tennet, Genehmigungsbehörde ist die Bundesnetzagentur. Der bisher vorgesehene, einen Kilometer breite Korridor würde die Region Hannover auf Burgwedeler Stadtgebiet erreichen, im Osten an Hannover vorbei Richtung Süden führen und in Pattensen das Regionsgebiet verlassen.

Tennet hatte seit Bekanntwerden des Korridors im Februar eine ganze Reihe an Informationsveranstaltungen sowohl für die Öffentlichkeit als auch für Kommunalpolitiker und Verbände angeboten. Zwei davon fanden in Großburgwedel und Lehrte statt und waren gut besucht. Das liegt daran, dass viele Menschen sich nicht damit abfinden wollen, in Zukunft 70 Meter hohe Strommasten vor der Haustür stehen zu haben. An einigen Orten entlang der Trasse haben sich Bürgerinitiativen gegründet. Die meisten sehen die Notwendigkeit des Stromtransports und der dadurch benötigten neuen Leitungen durchaus ein. Sie fordern aber wahlweise andere Streckenverläufe oder eine unterirdische Führung durch Erdkabel.

„Tennet hat die Bürger viel und häufig beteiligt, aber das ist eine Showveranstaltung“, kritisierte de Witt vor 200 Besuchern im Regionshaus. Grund sei,



Bisher kennen die Regionsbewohner nur den Korridor, innerhalb dessen die Stromtrasse verlaufen soll (Grafik links, dicke Linie). Wesentlich mehr Klarheit konnten auch die Experten von Tennet, Bundesnetzagentur und Region am Sonnabend im Regionshaus nicht bringen (kleines Bild).

dass Einzelne mit der komplexen Materie rund um Netzausbau und Energiewende überfordert seien. „Außerdem gibt es noch keinen konkreten Antrag für den Trassenverlauf, sodass noch gar nicht fest steht, wer direkt betroffen ist“, erklärte der Berliner. Wenn dieser Antrag vorliege, seien die Fristen für die weiteren Planungsabschnitte einschließlich des endgültigen Genehmigungsverfahrens „irreal kurz“.

Tennet hat versprochen, bisher eingegangene Bedenken und Anregungen der Bürger einschließlich Änderungsvorschlägen zum Verlauf des Korridors abzuarbeiten und gegebenenfalls auch zu berücksichtigen. Das verzögert den Prozess. Ursprünglich wollte das Unternehmen den Antrag noch vor den Sommerferien stellen. Als neuen Termin nannte Thomas Wagner, eigens berufener Referent für Bürgerbeteiligung bei Tennet, den Herbst.

Am Ende der Veranstaltung blieb eine Erkenntnis, die Regionspräsident Hauke Jagau schon in seinen Grußworten zu Beginn der Veranstaltung formuliert hatte: „Konsens herrscht darüber, dass wir eine Energiewende brauchen und dass es auch danach überall in Deutschland Strom geben sollte.“ Alles andere sei eigentlich ein Expertenthema und deshalb schwierig.



Foto: Klappner

Ein Konzern als Buhmann

KOMMENTAR

VON BERND HAASE



Mitleid mit Großkonzernen ist in der Regel nicht angebracht. Im Fall Tennet liegen die Dinge etwas anders. Die Bundesregierung hat für den Stromnetzausbau, der durch die beschlossene Energiewende notwendig ist, eigens ein neues Verfahren entwickelt. Es soll für Transparenz sorgen und den Verlauf beschleunigen. Man darf den Politikern aber noch eine andere Motivation unterstellen: Mit der Planung einer Stromtrasse lässt sich nichts erben außer Missmut und Protesten.

Indem nun Tennet und nicht irgendeine öffentliche Einrichtung sagen muss, wo die Trasse verlaufen soll, haben Politiker und Behörden auch den erwartbaren Hader der Öffentlichkeit auf den Netzbetreiber umgelenkt und können sich selbst auf die Rolle des Bedenkenträgers zurückziehen. Außer wohlfeilen Vorschlägen, Alternativrouten zu prüfen (was gemeinhin Sankt-Florians-Prinzip heißt) oder Erdkabel zu verlegen (was viel Geld kostet) haben auch Kommunalpolitiker aus der Region Hannover bisher nicht viel beigetragen. Wenn Tennet im Herbst einen konkreten Antrag stellt und damit Klarheit in die Angelegenheit kommt, ist es mit dieser Form von Bequemlichkeit vorbei. Dann müssen die Volksvertreter deutlich sagen, was sie wollen.